

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Siemens spricht in Genf.

Wie ein deutscher Unternehmer die Wirtschaftslage darstellt.

Genf, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der heutigen Vormittagsführung legte der Industrielle von Siemens die rückständigen Ansichten des deutschen Unternehmertums vor aller Welt dar. Er erklärte u. a.: Seit dem Beginn des Krieges hat die Wirtschaft stöße weise plötzliche Änderungen erlitten. Die Umstellung auf Kriegsmaterial, die Herstellung von bisher importierten notwendigen Waren, nach Beendigung des Krieges die Inflationserscheinungen hatten das Räderwerk der Wirtschaftsmaschine stark in Unordnung gebracht. Um die Gefahr völligen Versagens zu verhindern, sind gewaltige Eingriffe — als Zwangswirtschaft bekannt — teilweise unvermeidlich gewesen. Häufig sind diese Eingriffe auch übertrieben gewesen und zu lange aufrechterhalten worden. Auch haben politische Erwägungen hierbei eine Rolle gespielt. Jetzt ist diese Zwangswirtschaft meist aus der Erkenntnis, daß sie hemmend wirkt, eine Produktionsherabsetzung und eine Kostenherhöhung zur Folge hatte, aufgegeben worden. In Deutschland besteht noch freilich eine

Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieten und der Löhne.

Legiere werden von Beamten des Arbeitsministeriums mit gesetzlich bindender Kraft für den Unternehmer festgelegt. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieten hat zur Folge gehabt, daß das Bauen in der Praxis 90 Proz. teurer geworden ist als vor dem Kriege, während die sonstige Warenteuerung etwa 35 Proz. über die Vorkriegszeit beträgt.

Die Beeinflussung der Wirtschaft durch die Staatsleitungen ist heute viel größer als vor dem Kriege. Viele Staaten haben Maßnahmen mit Rücksicht auf mögliche Kriege getroffen. Hierdurch ist eine starke Beeinträchtigung der natürlichen Produktionsbedingungen zum Schaden der Lebenshaltung der Bevölkerung eingetreten. Weiterhin sind die Produktionsstätten aus Kriegs- und Inflationsgründen weit über das notwendige Maß vermehrt. Die Wirtschaft

hat nicht immer schnell genug den Mut gefunden, die wahre Lage zu erkennen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Aus diesem Grunde ist der Schrei nach Staatshilfe auch aus den Wirtschaftskreisen modern geworden. Die Staatshilfe bedeutet aber doch nur Unterstützung eines Wirtschaftszweiges auf Kosten der anderen. Die so entstehenden vermehrten Unkosten werden aber letzten Endes vom Konsumenten getragen. Gänzliche Aufrechterhaltung von an sich nicht mehr lebensfähigen Gebilden hemmt aber den technischen Fortschritt und die gesunde Entwicklung, so daß vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft keine Hebung, sondern weiterer Niedergang, verbunden mit einer Herabdrückung des Lebensniveaus der Bevölkerung, eintreten muß.

Eines der ernstesten wirtschaftlichen und politischen Probleme ist die nach dem Kriege in Europa eingetretene Arbeitslosigkeit. Diese tief besorgniserregende Erscheinung hat auch schwere demoralisierende Wirkungen. Die

Arbeitslosigkeit ist in der Hauptsache durch die plötzliche Verteuerung der Arbeitskraft

entstanden. Hierdurch ist der Anstoß zu der gewaltigen Umstellung, die als Rationalisierung bezeichnet wird, gegeben.

Die Rationalisierung hat aber nicht schrittweise in Angriff genommen werden können, sondern mußte infolge der plötzlich einsetzenden Verteuerung der Arbeit überhastet vorgenommen werden. Je teurer die Arbeitskraft wird, desto mehr muß zur vermehrten Ausnutzung der Maschine übergegangen und hierbei zunächst die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden. Es ist die große Frage, was sozial richtiger ist, dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen Arbeit haben, wenn auch zu einem etwas geringeren Einkommen, oder daß diejenigen, die im Besitz von Arbeit sind, möglichst viel verdienen und dann von diesem Verdienst zur sorglichen Unterhaltung der anderen abgeben.

Völkische Terrorakte.

Ein Pfarrer in einer Versammlung blutig geschlagen. — Energiisches Vorgehen der Polizei.

Bei der gestrigen Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Kriegervereinshaus, über die wir bereits kurz berichteten, kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Versammlungsleiter gegen einen Zwischenrufer. Wie bereits gemeldet, wurde dieser dabei in erheblicher Weise verletzt, in brutalster Weise geschlagen und mußte sich blutüberströmt unter dem Schutz der Polizei retten. Der Verletzte ist der Pfarrer Stude. Der Ueberfall des Rottkommandos, das gleich 20 Mann stark sich auf ihn stürzte, erfolgte nach der ausdrücklichen Aufforderung des Führers der sogenannten Sicherheitsabteilungen und Referenten Dr. Goebbels.

Stude ließ sich zu dem Zwischenruf hinreißen, als Goebbels die anwesenden Nationalsozialisten aufgefordert hatte, die Wohnungen der verantwortlichen Redakteure sämtlicher linksgerichteten Tageszeitungen auszufundstücken, um diesen bei Gelegenheit einen „taffelreichen Besuch“ abzuhalten. Wie berichtet die Empörung des Zwischenrufes war, zeigte ein Vorgang, der dann gleich folgte. Als Goebbels seine Heereien noch steigerte, wurde ein Mitarbeiter der Scherl-Presse, der Journalist Henning erkannt, von den Nationalsozialisten überfallen, gefoltert und aus dem Saal geworfen. Um die Personalien der Angreifer festzustellen, erstattete er Anzeige auf dem nächsten Revier. Als weiteres Opfer hatte sich Dr. Goebbels einen ebenfalls anwesenden Redakteur der „Roten Fahne“ ausersuchen und bedrohte ihn mit einem Besuch nationalsozialistischer Rottkommandos in seiner Wohnung. In diesem Augenblick entstand ein ungeheurer Tumult in der Versammlung durch die Nachricht, daß ein starkes Polizeiaufgebot infolge der Anzeige des Journalisten Henning herankomme. Tatsächlich erschienen gleich darauf 300 Mann Polizei unter Führung des Major Heber, der die Nationalsozialisten aufforderte zwecks Durchführung einer Waffensuche die Versammlung einzeln zu verlassen. Daraufhin erhob sich ein gewaltiger Lärm, die Nationalsozialisten bedrohten mit abgebrochenen Stuhlbeinen die Polizeibeamten, sie wurden jedoch von diesen in Schach gehalten.

Goebbels hatte sich nicht gekümmert, die Namen sämtlicher verantwortlichen Journalisten zu verlesen, als er seine Leute aufforderte, Ueberfälle auf die Wohnungen zu machen. Er hatte ferner die Versammlung aufgefordert, darauf zu achten, ob Beamte der Politischen Polizei im Saal seien, um auch diese durch die Rottkommandos hinauswerfen zu lassen.

Bei der Waffensuchung wurden 29 Personen zwangsgestellt wegen Nichtbefolgung verbotenen Waffensitzes und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Bei elf Personen wurden Totschläger und ähnliche Schlagwaffen gefunden, auch ein Revolver wurde beschlagnahmt.

Der unerhörte Terror der Völkischen ist bekanntlich von langer Hand vorbereitet. Wie erinnerlich, hatte die Leitung ihrer Rottkommandos gedruckte Anweisungen herausgegeben, die zu derartigen Gewalttätigkeiten auffordern.

Trotzdem ist gegen diese Störer der öffentlichen Ordnung noch nichts Durchgreifendes geschehen. Es bedurfte erst der gestrigen Tätlichkeiten, um den schlüssigen Nachweis zu erbringen, daß ein modernes Staatswesen derartige Aufmunterung zu Gewalttaten nicht dulden kann, die mit einer freien Meinungsäußerung nichts mehr zu tun haben, sondern eine Zusammenrottung zur tätlichen Bekämpfung Andersdenkender unter Anwendung von Gewalt bedeuten. Einen besonderen Anreiz zu ihrem herausfordernden Auftreten scheinen die Völkischen darin zu sehen, daß sie in der Öffentlichkeit immer weniger beachtet werden infolge des Streits, der in ihrem eigenen Lager herrscht. Genau so wie die Kommunisten sich bemühen, durch Herbeiführung von Zusammenstößen am Stahlhelmtag von sich reden zu machen, so gehen die Nationalsozialisten mit offenen Terrorakten vor, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Nur ist es bei den Kommunisten bisher bei Drohungen geblieben, während die völkischen Rowdys einen Teil ihrer Drohungen bereits wahrgemacht haben und gestern sogar den evangelischen Pfarrer Stude, einen Demokraten wegen eines harmlosen Zwischenrufes überfielen und erheblich verletzten. Daß auch ein Mitarbeiter der Scherl-Presse, der übrigens nur als Beobachter und nicht einmal mit dem Auftrag der Berichterstattung zur Versammlung gegangen war, dabei einige Prüge abbekommen hat, ist besonders bezeichnend. Haben doch sonst die Organe Hugenberg's genug dazu getan, um die Instinkte anzufachen, die jetzt bei den Radaubrüdern der äußersten Rechten zu derartigen Erzessen führten.

Jedenfalls ist das Auftreten der nationalsozialistischen Gruppen zu einer öffentlichen Gefahr geworden. Es ist selbstverständlich, daß die für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Organe die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

Strafverfolgung der Rowdies.

Wie das Polizeipräsidium mitteilt, werden 11 Teilnehmer der Versammlung im Kriegervereinshaus wegen verbotener Mitführung von Waffen strafrechtlich verfolgt werden, die übrigen 18 Festgenommenen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen oder Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ueber die Vorfälle selbst und die daraus resultierenden Folgerungen werden noch Erwägungen angeestellt.

Der durch Hiebe mit Bierseideln und Schläge schwer verletzte Pfarrer Stude wurde gestern nacht in das Augusta-Hospital in der Schornhorststraße gebracht, wo seine schweren Kopfwunden genäht und verbunden worden, wobei die Ärzte ihr Erstaunen darüber äußerten, daß bei der Wucht der Schläge kein Schädelbruch eingetreten war. Pfarrer Stude konnte sich, nachdem er sich von seinem schweren Bluterguß etwas erholt hatte, in seine Wohnung begeben. Sein Befinden gibt zu keinen Bedenken Anlaß.

Demokratie und Sozialismus.

Ein Beitrag zur Taktik der Partei.

Von Paul Löbe.

Der erste sozialdemokratische Parteitag, der nach Festigung des Rechtsblocks im Reich zusammentritt, wird die Taktik der Partei in den Jahren nach der Umwälzung einer ersten Prüfung unterwerfen und sich mit den Vorschlägen und Kritiken befassen müssen, die seit einiger Zeit nicht nur die Reichstagsfraktion, sondern auch die Gesamthaltung der Partei unter die Lupe nehmen. Es wird unsere Aufgabe sein, eine möglichst eindeutige taktische Linie aus dieser Kritik zu gewinnen, die sich bisher in den gegensätzlichen Extremen bewegt.

In den Einzelstaaten zum Beispiel wird die Beteiligung der Partei an den jeweiligen Regierungskoalitionen angegriffen, weil ihr Ergebnis für die Arbeiterchaft zu mager ist. Aber der nächste Wahlkampf wird dann regelmäßig geführt, um den Blod der Gegner so zu schwächen, daß er ohne die Sozialdemokratie nicht mehr zu regieren vermag. Da die Aussichten für eine rein sozialdemokratische Mehrheit aber fast nirgends in greifbarer Nähe liegt, läuft das Bemühen schließlich darauf hinaus, eine neue unbefriedigende Koalition aus der Laufe zu heben. Im Reich erheben einzelne Stimmen schwere Vorwürfe, weil die Sozialdemokratie die Vergrößerung des Reichrats nicht verhindert habe — sie, die in den sieben Jahren seit 1920 doch nur Monate in der Regierung vertreten war —, aber die gleichen Kritiker verlangen ebenso energisch, daß sie weiter aus der Regierung herausbleibe, in der sie einen entscheidenden Einfluß doch nicht ausüben kann. Oder es wird ein Geschrei erhoben, wenn das Zentrum eine Regierung mit der Rechten bildet, aber zugleich das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, also auch mit dem Zentrum, wegen ihrer Unzuverlässigkeit energisch bekämpft.

Eines von beiden aber kann es nur geben. Entweder die Sozialdemokratie versucht es, durch Beteiligung an der Regierung etwas für die Arbeiterklasse zu erringen, dann werden sich unsere Anhänger von vornherein legen müssen, daß nur ein Teil, meist nur ein geringer Teil unserer Forderungen durchgesetzt werden kann, weil wir eben nur ein Teil der dann sich bildenden Regierung sind. Oder wir gehen in die Opposition, weil uns die Trennungslinie zwischen sozialistischen und bürgerlichen Parteien tiefer scheint als jede andere, weil wir vielleicht durch entschiedene Opposition gar mehr praktische Erfolge zu erzielen vermögen als in schwächlicher Regierungsbeteiligung. Dann dürfen wir aber nicht über Berrat schreien, wenn die Parteien gegen uns regieren, mit denen zu regieren wir uns weigern.

Das Merkmal für die Entscheidung über die einzuschlagende Politik der Partei ist heute wohl die Frage, ob politische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte, ob demokratische oder sozialistische Forderungen im Vordergrund unseres Kampfes stehen müssen, ob die Abwehr monarchistisch-faschistischer oder die Bekämpfung kapitalistischer Gefahren dringlicher erscheint.

Diese Betrachtungsweise erklärt uns auch zwanglos die bisherige Haltung der Partei. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, in den ersten Jahren der Republik standen die politischen Fragen im Vordergrund des Tageskampfes. Daß die sozialistische Wirtschaft auf dem Trümmerhaufen des Krieges in Deutschland nicht errichtet werden konnte, darüber war sich rechts und links einig. Gefährdet schienen aber auch nach die errungenen demokratischen Rechte: Republik und staatsbürgerliche Gleichheit. Kapp-Putsch, Hitler-Putsch, Wehrverbände dienten nicht nur der Verteilung der kapitalistischen Wirtschaft, sondern wollten auch die Monarchie und den Obrigkeitsstaat zurückführen. Auf diese Gefahren wiesen damals gerade die sogenannten „links“ eingestellten Genossen mit besonderem Nachdruck hin. Daraus ergab sich dann auch die Haltung der Partei, wenn sie ihre Hauptaufgabe in der Abwehr dieser Bestrebungen, also im Bündnis mit republikanisch Gesinnten oder doch für die republikanische Staatsform eintretenden Parteien sah. Schutz der Republik, auch der bürgerlichen Republik, gegenüber offenen und versteckten Monarchisten und faschistischen Bestrebungen — das war die Parole dieser Jahre.

Diese Parole geht, darin wird man den Kritikern recht geben müssen, ihrem Ende entgegen. Die Republik erscheint aus vielen Gründen durch gewalttätige Putsche nicht mehr bedroht. Heute und in der nächsten Zukunft gilt der Kampf dem auch in der Republik sich mächtig ausbreitenden, den Staat in jeder Form zunehmend beherrschenden Kapitalismus selbst. Heute rückt die wirtschaftliche Seite unseres Kampfes wieder mächtig in den Vordergrund, der Kampf für soziale Forderungen, für den Sozialismus überlöst den um formale Demokratie und für die Republik. Das übt seine zwangsläufige Wirkung auch auf die Koalitionen im Reich aus. Der Trennungsfriede geht nicht mehr die republikanische — die monarchistische, sondern die kapitalistische — die sozialistische und in diesem Augenblick wird Opposition statt Koalition die Taktik der Partei. In den Vordergrund rücken Fragen der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Steuern und Zölle, der Sozialpolitik, des Kampfes gegen Trustherrschaft und Ausbeutungsfreiheit — in Schul- und Bildungsfragen geht die Trennungslinie freilich wieder anders. Aber sonst arbeitet sich fast automatisch der Gegensatz hier bürgerlich — hier sozialistisch heraus. Jede neue Abstimmung ergibt den Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie. Diese Tatsache klar

erkennen heißt auch die Taktik der Partei anders einstellen, als sie es in den letzten acht Jahren sein mußte.

Freilich sind auch hier seit der Vorkriegszeit wichtige Veränderungen eingetreten, die nicht unbeachtet bleiben dürfen. Die politische Erweckung neuer Volksschichten durch Kriegsergebnisse und Nachkriegsnöte hat in den meisten bürgerlichen Parteien sozial eingestellte Flügelgruppen geschaffen. Bei einzelnen in der parlamentarischen Vertretung selbst, bei allen vielleicht außer der Wirtschaftspartei in der Anhängerenschaft. Forderungen, die bislang als sozialistisch galten, stellen jetzt nicht nur Anhänger des Zentrums, sondern auch der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei, ja der Deutschnationalen und im Programm der Nationalsozialisten wimmelt es von halb- und unverständlichen marxistischen Erkenntnissen. Diese Entwicklung aber ist ein Aktivum für unsere Opposition, genau so wie der innere Verfall der Kommunisten. Indem wir die trassen Schäden des kapitalistischen Systems wieder vor allem anderen gehehen, unsere prinzipiellen sozialistischen Forderungen scharf in den Vordergrund stellen, bringen wir diese Parteien selbst in eine schwierige Situation gegenüber ihren erwachenden proletarischen Schichten und steigern unsere Anziehungskraft auf diese Schichten durch unsere Opposition. Der Bittschlüssel im Zentrum, die Jungdemokraten und der gärende Most unter den Anhängern der Deutschnationalen, Angestellte, Unterbeamte, christliche und Heimarbeiter, sind in diesem Sinne zwar nicht stark genug, ihre Partei in antikapitalistischer Opposition mit uns zusammenzuführen, aber sie müssen zersetzend auf die eigenen politischen Gruppen wirken und Restrukturierungsgebiet für den Sozialismus werden, wenn unser Kampf gegen den Kapitalismus die alte Lebendigkeit und Energie erreicht.

Wir scheitern also die Taktik der nächsten Jahre eine kräftige sozialistische Opposition im Reich zu fordern, wobei ich jedoch nicht so weit gehe, Koalitionen auf jeden Fall und unter allen Umständen zu verwerfen. Denn einen Vorteil werden uns solche Koalitionen auf alle Fälle bringen, nämlich die Auszubildung, Schulung und Uebung von Kräften, die wir notwendig gebrauchen, wenn eines Tages die ausschlaggebende Macht wie in Wien in unsere Hände fällt. Manches Verlagen in den entscheidenden Monaten der Jahre 1918 und 1919 war — gestehen wir es uns ruhig ein — zurückzuführen auf die fehlende Eignung und Vorbereitung der Persönlichkeiten in den eigenen Reihen für die neuen Aufgaben. Es rächte sich auch an uns der Umstand, daß das Kaiserreich die Arbeiterschaft von allen staatlichen Aufgaben und wirtschaftlichen Führerposten mit Fleiß ferngehalten hatte und wir gar manchen guten Mann an Posten stellen mußten, die er nicht von ferne beherrschte. Wer eine durchgreifende Aenderung eines politischen und wirtschaftlichen Organismus praktisch durchführen will, muß ihn vorher genau kennen, übersehen und beherrschen. Wir waren im alten Staat mustergültig in Agitation und politischer Organisation, für die praktischen Aufgaben, die uns in den entscheidenden Tagen erwarteten, fehlte jede Vorbereitung, und wenn sich auch eine Reihe tüchtiger Genossen an diesen neuen Aufgaben bewährten, so daß selbst der Gegner ihm die Anerkennung nicht versagen konnte, so fehlte doch das große Herr der geeigneten Führer, die das Staatsschiff in neue Bahnen lenken, die Wirtschaft ohne tödliche Erschütterungen entscheidend umformen sollten. Es fehlten die überragenden und zugleich sachkundigen Kräfte, die hier bahnbrechend vorangehen konnten. Jede Sache will gelernt sein und die Schulung einer größeren Zahl unserer Anhänger in hohen und einfachen Stellungen von Staat und Wirtschaft durch Befehung von Aemtern bei Koalitionen in Reich, Staat und Kommunen besitzt auch in dieser Hinsicht einen nicht zu unterschätzenden Wert.

Licht und Schatten richtig zu erkennen ist auch in diesem Betracht für den Parteitag wichtig und ich glaube die Erfahrungen der letzten acht Jahre werden es uns erleichtern, den rechten Weg zu finden.

„Der Bürgerblock ist gesund.“

Sagt die „Germania“.

Ueber Schwierigkeiten im Regierungslager hat die Linkspresse in der letzten Zeit manches zu erzählen gewußt. Die „Germania“ fühlt sich infolgedessen bemüht, zu erklären, daß an den „Krisenredereien“ nichts sei. Insbesondere wendet sie sich gegen ein Gerücht, das wissen will, die Deutschnationalen hätten schon unter der Hand mit ihren Freunden vom Zentrum über die Nachfolgerschaft Stresemanns beratschlagt. Dazu sagt die „Germania“: „Davon ist uns nichts bekannt. Wir haben Grund, an der Richtigkeit dieser Behauptung zu zweifeln.“ Wir lassen es dahingestellt, ob die Behauptung, die wir nicht aufgestellt haben, richtig ist oder nicht. Eine unbedingte Beruhigung vermag aber die „Germania“ nicht zu geben, denn das Bismellien zwischen den Deutschnationalen und ihren Freunden vom Zentrum besprechungen stattfinden, von denen die „Germania“ nichts erfährt, dafür hat ja gerade die Entstehungsgeschichte des Bürgerblocks den besten Beweis geliefert.

Die „Germania“ beruhigt sich damit, daß die Politik der Regierung doch durch die berühmten „Richtlinien“ gebunden sei und meint etwas orakelhaft: „Wenn demnächst das Republikstimmgesetz zur Debatte steht, wird sich zeigen, ob die Regierung im Sinne der Richtlinien diese Frage entscheiden wird.“ Ganz gleich, wie diese Entscheidung ausfällt, die „Germania“ wird nachher schon „beweisen“ müssen, daß sie ganz im Sinne der Richtlinien gefallen sei. Wie wär's zum Beispiel, wenn man Wilhelm II. die Erlaubnis zur Rückkehr mit der Begründung erteilen würde, daß nach den Richtlinien die „Symbole der Vergangenheit“ zu ehren seien?

Die „Germania“ meint schließlich, das Weiterbestehen des Bürgerblocks liege im Interesse der Republik und des Parlamentarismus, der nicht durch immer neue Krisen distreditiert werden dürfe. Dazu ist zu sagen, daß bei der Mehrheit des deutschen Volkes der Parlamentarismus nur an Ansehen gewinnen kann, wenn es ihm gelingt, Deutschland sehr rasch wieder von der Bürgerblockherrschaft zu befreien. Danach wird man ja doch das Volk betragen müssen, ob es vom Bürgerblock regiert werden will oder nicht. Allerdings sind wir da der Meinung, daß die Antwort desto unzweideutiger ausfallen wird, je länger das Volk Gelegenheit haben wird, die Segnungen des neuen Systems kennenzulernen. Und von diesem Standpunkt aus haben wir kein vordringliches Interesse, das zärtliche Zusammensein des Reichszentrums mit den Deutschnationalen zu stören.

Posadowsky gegen die Deutschnationalen.

„Vor der Wahl las man's anders!“

In Halle-Merseburg, und wahrscheinlich nicht nur dort, haben die Deutschnationalen ein Flugblatt verbreitet, in dem sie behaupten, niemals so weitgehende Versprechungen über die Aufwertung gemacht zu haben, wie sie ihnen jetzt in den Mund gelegt werden. Das war dem alten Graf Posadowsky, dem kaiserlichen Staatssekretär für Sozialpolitik, zuviel. In dem „Deutschen Tageblatt“ veröffentlicht er einen Artikel, in dem er die wichtigsten deutschnationalen Erklärungen über die Aufwertung zusammenstellt. An die Spitze stellt er eine Erklärung Hertzs vor den Dezemberwahlen 1924, in der es heißt:

Sobald die Deutschnationalen an der Regierung sind, wird innerhalb 24 Stunden ein Aufwertungsgesetz vorgelegt, welches 100 Proz. Aufwertung bringt.

Graf Posadowsky läßt dann eine Reihe ähnlicher Kundgebungen folgen, um schließlich zu dem Ergebnis zu kommen: Es ist unerfindlich, wie gegenüber diesen uralten Erklärungen der Deutschnationalen Partei in dem Flugblatt der Partei im Wahlkreise Halle-Merseburg erklärt werden kann, die Partei habe niemals so weitgehende Erklärungen zugunsten der Aufwertung abgegeben, wie ihr jetzt von den Enteiagneten in den Mund gelegt wurde.

Es ist unerfindlich, wie die Partei nach den von ihr abgegebenen Erklärungen sich auf eine sogenannte mittlere Linie, welche die Gläubiger mit 75 Proz. bis 97½ Proz. ihrer Forderungen enteignet, zurückziehen und auf Grund dieser mittleren Linie in die Regierung eintreten und für das Aufwertungsgesetz stimmen konnte.

Es ist endlich unerfindlich, wie die Partei nach jenen uralten Erklärungen jetzt diejenigen Persönlichkeiten angreifen kann, welche für die Opfer der sogenannten Aufwertungsgesetzgebung eintreten.

Graf Posadowsky hat selbst früher der deutschnationalen Partei angehört.

Das Steigen der Getreidepreise.

Amerika soll schuld sein.

Zu unseren Ausführungen in Nr. 208 vom 4. Mai erklären die, die es angeht, daß die Getreidepreise im Laufe dieses Wirtschaftsjahres, also seit Bildung der jetzigen Regierung, eine Veränderung nicht erfahren hätten. Die Preisentwicklung habe ihren Ursprung nicht vom Inlande, sondern von den amerikanischen Märkten her genommen. Den Anstoß dazu hätten die steigenden Forderungen der Ueberseegebiete auf dem Weizenmarkt gegeben. Der Roggen sei nur langsam und zögernd gefolgt. Der Abstand zwischen Roggen und Weizen habe sich in dieser Zeit sogar von 10 auf 27 Mark für die Tonne vergrößert. Die gewaltigen Uebererhebungen in Amerika im Zusammenhang mit einer Reihe von anderen ungünstigen Entdeckungen hätten die dortige Spekulation veranlaßt, die Preise kurz vor dem Ende des Wirtschaftsjahres noch einmal möglichst in die Höhe zu treiben, um die noch vorhandenen Restbestände so teuer zu verkaufen, wie es nur geht. Europa, das einen erheblichen Einfuhrbedarf an überseeischem Weizen habe und wegen der vorsichtigen Eindeckung nur über geringe Weizenvorräte verfüge, habe mit England an der Spitze wohl oder übel die ihm angebotenen Bedingungen zu den diktierten Preisen abnehmen müssen. (Wobei man sich nicht scheute, die vom Rechtsblock diktierten Zölle unverändert zu lassen. — D. Red.) Die Hauptabnehmer seien England, Frankreich und die östlichen Länder. Dazu komme, daß Polen viel Getreide einführen muß, nachdem es zur Stützung seiner Währung im Anfang des Wirtschaftsjahres weit über seinen eigenen Ueberfluß hinaus Getreide ausgeführt hatte. Hierdurch werde naturgemäß neben dem Weizen auch der Roggenpreis in Mitleidenschaft gezogen.

Gegenüber dieser Entwicklung, die von den internationalen Weizenmärkten herkomme und von Ausfuhrländern naturgemäß weiterhin genährt und ausgenutzt werde, müßten Maßnahmen eines einzelnen Landes, wie etwa Deutschland, wirkungslos bleiben. (1) Erfreulicherweise, so schließt die Erwiderung, lassen die günstigen Saatensandsberichte in Deutschland die berechtigste Hoffnung zu, daß mit dem Herannahen der diesjährigen Ernte von selbst eine Beruhigung auf den deutschen Getreidemärkten eintreten werde. Schon heute lägen die Septembervoten für Weizen wie für Roggen um etwa 40 Mark die Tonne unter den jetzigen Notierungen.

Der Attentatsplan gegen Severing.

Verfahren gegen Wulle, Kube und Ahlemann eingeleitet.

Nach einer offiziellen Mitteilung an den Rechtsbeistand des Abgeordneten Wulle und Kube, sowie des Oberstaatsanwalt a. D. Ahlemann ist nunmehr das auf Grund der Angaben Gruette-Behders gegen die drei genannten Völkischen eingeleitete Verfahren wegen angeblicher Aufforderung zum Mord (Attentat auf Severing) endgültig eingestellt worden. Gruette-Behder soll, wie verlautet in die Vernehmungsprotokolle, die Untersuchungsgefängnisse übergeben worden sein, da er den Versuch gemacht haben soll, das Mobiliar seiner Zelle in Brand zu setzen.

Anhalt gegen ein Konkordat. Im Anhaltischen Landtag gab namens der Staatsregierung Minister Dr. Weber die Erklärung ab, daß Anhalt seinen Vertreter im Reichsrat beauftragen werde, gegen den Abschluß eines Konkordats zu stimmen.

Adolf Dietrich.

In der Galerie Neumann-Nierendorf am Magdeburger Platz sieht man zwei Säle voll sehr schöner und sehr merkwürdiger Bilder. Sie stammen von einem einfachen Holzarbeiter, Adolf Dietrich, der in Berlin auf der Schweizer Seite des Untersees (Bodensee) ein kleines Haus mit Ackerchen und Garten besitzt und den höchsten Tagelöhnerdienst verrichtet, meist Holzschlägerarbeiten. So etwa sieht er auch aus, wie er sich selbst gemalt hat: ein kluges und wohlwollendes, aber durchaus nicht ungewöhnliches Gesicht aus alemannischem Bauerngeschlecht. Vor etwa 15 Jahren hat er, der nie aus seinem Dörfchen herauskam, an dem Beispiel eines nach Berlinen verschlagenen Landschafters entdeckt, daß man die geliebte Natur auf einer Bildfläche auffangen könne. Und seitdem malt er, völlig für sich, ohne alle Lehre und Anweisung, selbst ohne Anregungen durch Bilder, wenn man von gelegentlichen Kunstzeitschriften abseht, aber mit einer angeborenen und immer sich fortentwickelnden Meisterkraft.

Denn das ist das Ausergewöhnliche und Erquickliche an diesem dänischen Autodidakt, daß seine Bilder von Anfang an nichts von Kuriosität oder Valenunart an sich hatten, sondern still und mit selbstverständlicher Einfachheit die Natur im Kunstwert widerspiegelten. Gleich erstaunlich ist seine Genauigkeit und Klarheit in der Wiedergabe der geringsten Kleinigkeiten bis zum Miniaturhaften, wie die Wahrheit, Tiefe und Süßigkeit seiner Naturempfindung. Die Schärfe in der Durchbildung kleinster Teile, sehr fern oder sehr nahe gesehenen Gegenstände, beeinträchtigt nicht die bildliche Gesamtwirkung, die räumliche Einheit, die Naturwahrheit in seinen Bildern. Ob er die weite Fläche des Bodensees mit dem Silberglanz der meisenjernen Alpen malt oder lebensgroße Weerschweinchen und Blumenrabatten in unmittelbarer Greifweite: man spürt nicht nur die Echtheit in Wiedergabe der Oberfläche, man fühlt die spezifische Weichheit von Federn oder Fell —, sondern immer ist auch das Ganze der Erscheinung in seiner Beziehung zum Raume da, und es ist vor allem das Lebendige selber da, die Seele in den Dingen.

Eine solche Universalität von Form und Empfindung ist selten geworden. Die Impressionisten malten nur das Licht um die Dinge, die Kubisten kimmerten sich lediglich um Bildformen, die Ausdrucksünstler um das innere Wesen des Kosmos, und alle vernachlässigten die Naturform. Die Gegenwart (die Berlinen usw.) ging wieder zum Extrem über und sah nur die plastische Oberfläche und das Erakte der Umrisse, aber sie verlor darüber den Zusammenhang des Räumlichen oder die Atmosphäre und in jedem Fall das Wesenhaft-Lebendige, sie erstarrte in bloßer Greifbarkeit. Dietrichs Genauigkeit hat auf den ersten Anblick viel Ähnlichkeit mit dieser sogenannten „Neuen Sachlichkeit“ und: aber so wie sie lange vor ihr da war und vollkommen unabhängig entstand, besaß seine Kunst auch von Anfang an das alles Umfassende. Das gilt nicht nur von den Gegenständen, die Landschaft jeder Art und jeder Jahreszeit entfallen (besonders herrlich und wahr die kühle Weiße des Winters), Tiere und Vögel bodenschiedlicher Art, das menschliche Heim und den Dörfergarten, wie Bildnis und Kinderdarstellung, voll anheimelnder Wärme, das gilt vor allem von der Auffassung, die in jedem Ding den Atem lebendiger Schöpfung spürt und reflektiert wieder zu bilden

vermag. Mensch und Tier, Wald und See sind von innen heraus erlebt, als fühlende Teile der Welt mit ihrem besonderen Leben, nicht hochmütig als Objekte einer kunstvollen Darstellung von außen her gemalt.

Aber diese Einfühlung in jedes Ding, das wie vor der Natur geschildert, bis in die geringste Einzelheit und zugleich so einheitlich empfunden, daß man unbedingt auf Entstehung aus der inneren Vorstellung schließen muß, auf ein Malen aus dem Gedächtnis, diese Vollkommenheit der Anschauung verleiht durchaus nicht den kunstvollen Bau des Bildes. Vielmehr ist die nachwandlerische Sicherheit im Komponieren das Erstauslässe an der Kunst dieses Selbmademalers. Wie Dietrich die Tiere bewegt, wie er die Tiere in den Bildraum und in die Landschaft hineinsetzt, wie er die Umien von Bergen, Ufern, Häusern führt und die Massen mit pikanten Farbkontrasten gegeneinander abseht, wie er den Menschen in lebensvollen Verkürzungen zeigt, oder das wimmelnde Durcheinander einer Tierchar glaubhaft macht: das ist eines Meisters würdig. Hier erkennt man unabweisbar, daß solche Kunst eine Sache angeborenen Instinktes ist und nicht gelernt werden kann.

Eine feine und verständnisvolle Würdigung hat ihm Margot Rief geschrieben und mit 32 Abbildungen in der Jugendbucherei der Neuen Gesellschaft in Berlin erscheinen lassen.

Dr. Paul J. Schmidt.

Rezept zum Verführen.

Eine amüsante Komödie im blühauer hergerichteten Central-Theater: „Die Wette“ von Carl Sloboda. Erwartungsfroh und erwartungsbang angekündigt erscheint im ersten Akt Dr. Abel, ein moderner Don Juan, ein Weltbummler. Genie im Richstun und Verführen. Er pläzt in eine durchaus solide Familie. Frau Cella, der Ehefrau mit handfesten Grundätzen, wird er bestimmt nichts anhaben können. Sie freut sich darauf, den Hergensneider gründlich abzuführen und als Aufschneider zu entlarven. Unter großer Spannung der Beteiligten schließt sie mit ihm die Wette ab, daß es ihm nicht gelingen wird, sie innerhalb 24 Stunden heranzutreiben. Aha, denkt der gewigte Theaterkritiker leicht ged, jetzt weißt du bereits, was sich in den anderen beiden Akten begeben wird. Aber es kommt ganz anders. Es ist ein Abend voller freundlicher Ueberraschungen. Don Abel hat seine Wette gewonnen im selben Augenblick, wo er zu verabschiedeter Nachtzeit ins Boudoir der standfesten Frau Cella tritt. Sein schlechter Ruf bürgt dafür, daß kein Mensch glauben wird, sei sie ihrem Mann treu geblieben. Es gibt keine Beweise für eheliche Treue, es gibt nur Beweise für die Untreue. Ueberraschend kluge Gedanken bekommen wir vom Autor zu hören, in geschliffenem Dialog mit leichter Hand hingeworfen. Sloboda setzt in Strindbergische Charakterzeichnungen lustige und optimistische Tupsen. Da auch in Julian, dem Gatten der Frau Cella, das unverdrüßliche Vertrauen in seine Frau wankt, so bringt der zweite Akt eine hochdramatische, fast tragische Wendung. Julian suchte dem Don Juan mit dem Rosolier vor der Nase herum, bevor noch das geringste geschehen ist. Solche Situationen sind dem Dr. Abel natürlich nicht ungewohnt. Er meistert sie mit einer Geschicklichkeit, die für sämtliche bürgerlichen Ehen ein Schrecknis

bedeuten könnten. Die Gefahr für sein Leben wendet sich in dem Augenblick, in dem er die Wette gewinnt. Er scheidet in bester Freundschaft von zwei Gattin, denen er eben Hörner aufgesetzt hat: ein Abend freundlicher Ueberraschungen.

Den Genießer gibt Leopold Hainisch routiniert, leicht blasfirt, mit verführerisch dunklem Klang der Stimme, elegischem Bild und elegischen Bewegungen. Seine Partnerin Olga Limburg ist ebenso bühnensicher. In die belanglosesten Sätze weiß sie eine Bedeutung zu legen, an die vielleicht nicht einmal der Autor gedacht hat. In den lustigen Situationen weiß sie die Zuhörer ebenso zu fesseln wie in den tragischen, was man leider von den übrigen Darstellern nicht behaupten kann. Der Beifall des Publikums wuchs sich zu regelrechten Ovationen aus. Dgr.

Morris Gest, der amerikanische Impresario, der das Reinhardt-Rollmüllersche „Mirakel“, das in Amerika als ein Hauptwert deutscher Kunst angesehen wird, nach den Vereinigten Staaten brachte, hat sich nun entschlossen, auch Filme herzustellen. Und wie alle Menschen, die sich plötzlich einer Sache zuwenden, von der sie lange Zeit nichts wissen wollten, ist er jetzt von lebhaftem Eifer für seinen neuen Plan gepackt. Vor geladenen Pressevertretern legte er auseinander, daß er künftig seine Zeit und Kraft zur Hälfte dem Theater, zur anderen Hälfte dem Film widmen wolle. Der Film sei die internationalste Kunst, da er von Darstellern aus der ganzen Welt gleichzeitig geschaffen werde und wieder zu Menschen aus aller Welt spräche. Morris Gest erhofft von wirklich künstlerischen Filmen eine Welt- und Menschenverbrüderung. Er glaubt auch, daß man die Kinos mehr noch als bisher in den Dienst guter Kunst stellen soll. Konzerte großer Musiker sind vielen unerschwinglich. Gest propagiert daher die in Amerika bereits zum großen Teil verwirklichte Idee, in Kinos, die viele Tausende Besucher lassen, vor Beginn des Filmes oder in den Zwischenakten große Künstler musizieren zu lassen, so daß der Kinobesucher gewissermaßen eine Viertelstunde hochwertiger Musik gratis bekommt. Ueber seine künftige Zusammenarbeit mit Reinhardt, die gerade uns Berliner besonders interessiert, wollte Gest jetzt noch nichts sagen. Er versprach näheres darüber erst in vier Wochen, wenn er aus Russland zurückkommt.

Die größte Meeres Tiefe entdeckt. Die Marineleitung teilt mit: Auf dem Wege von Macassar (Celebes) nach Nagasaki hat Kreuzer „Emden“, wie er soeben funktentelegraphisch meldet, bei Nachprüfung des Planettiefs eine Tiefe von 10 430 Meter gelotet. Er hat damit die größte bisher bekannte Meerestiefe entdeckt. Bisher galt als größte Tiefe der Weltmeere eine Stelle im Planettief von 9788 Meter.

Biscanor baut ein Theater. Wie uns Herr Biscanor mitteilt, wurden heute Verhandlungen abgeschlossen, die den Bau eines Theaters sicherstellen, dessen Leitung Biscanor übernimmt. Für die Spielzeit 1927/28 ist die Forderung eines Theaters vorgegeben. Verhandlungen hierüber liegen vor dem Abschluß.

G. J. Fischer-Klami wird an jedem Freitag, abends 8½ Uhr, in den Monaten Mai und Juni Vorträge über das Ostern Karta Klami (Kommunist und künstlerischer Taus) halten. Die Abende finden in der Aushausstellung der Sturm, Potsdamer Straße 134a, statt. An die Vorträge schließen sich jedesmal praktische Vorträge des Seminars und Tänze der Tanzgruppe an.

Der Kluge Milberg.

Wo zu keine Anfragen gut sind.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Milberg richtet an das Staatsministerium eine „kleine Anfrage“, weil nach einem Zeitungsbericht im Wikingprozess Regierungsrat Janich als Vertreter der preussischen Regierung in seinem Plädoyer gesagt hat:

„Dass der Bund Wiking die Staatsform bekämpfte und an ihrer Beilegung arbeite, werde er selbst nicht bestreiten. Rechtlich belanglos ist es, ob er dazu ungesetzliche Mittel verwendet oder nicht.“

Entrüstet fragt Herr Milberg, ob das Staatsministerium diese Ausführungen billige. — Wie wird Herr Milberg erstaunen, wenn er erfährt, dass nicht nur das Staatsministerium, sondern sogar der Staatsgerichtshof diese Ausführungen gebilligt hat, denn in den Urteilsgründen kehren sie fast wörtlich wieder. Herr Milberg weiß nämlich nicht, dass nach Art. 14 des Republiksschutzgesetzes bei einem Geheimbund es tatsächlich rechtlich belanglos ist, welche Mittel er bei der Untergrabung der Republik anwendet. Der Geheimcharakter und das staatsfeindliche Ziel als solches genügen zum Verbot.

Weil nun Herr Milberg zu wenig regsam ist, sich das Republiksschutzgesetz und die Urteilsbegründung im Falle Wiking durchzulesen, verursacht er überflüssige Kosten und Arbeit durch kleine Anfragen. Man wird dies Verfahren nur dann billigen, wenn man die kleine Anfrage als ein Mittel ansieht, durch das der Abgeordnete seine eigene Unwissenheit offenbart.

Nationalkommunistische Reiniger.

Ein Beleidigungsprozess.

In Hildesheim fand dieser Tage ein interessanter politischer Prozess statt. Genosse Veinert hatte gegen den deutschnationalen Parteisekretär Alexander Mohrenweiser wegen Beleidigung Klage erhoben, weil dieser in Versammlungen verleumderische Vorwürfe gegen den früheren Oberbürgermeister von Hannover erhoben hatte. Unter anderem hatte er erklärt, der Oberbürgermeister Veinert habe für 100 000 Mark Beleidigungsgelder die Lindener Hofanlage an den Rhénania-Konzern verschachert. Der deutschnationale Beleidiger versuchte den Wahrheitsbeweis, indem er sich auf den deutschnationalen Abgeordneten Logemann und — auf den Kommunisten Iwan Röh befies. Logemann erklärte jedoch, auch seine Kenntnis dem Abgeordneten Röh zu verdanken. Röh selbst war für das Gericht nicht erreichbar, die Ladung konnte nicht bestellt werden. Die Vernehmung des Parteisekretärs Genossen Keller und des Nebenklägers Genossen Veinert ergab selbstverständlich die vollkommene Haltlosigkeit der verleumderischen Schmähungen. Mohrenweiser wurde zu einer Geldstrafe von 2000 Mark verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Deutschnationale Parteisekretäre und Abgeordnete Arm in Arm mit dem unerreichtbaren Kommunisten Iwan Röh — eine feine Zusammenstellung! Sie erinnert an das Wort von dem nationalkommunistischen Haufen, den das Reichswehrministerium beim Küstriner Busch erfunden hat. Nationalisten und Kommunisten finden sich zusammen als „Reiniger“ Deutschlands, wenn man nur den — beiden gleich verhassten — Sozialdemokraten etwas auswichen kann. Erfreulicherweise gibt es doch noch Richter, die eine leichtfertige Verbreitung solcher lägerischen Schmähungen ahnden.

Anglo-amerikanischer Schuldenstreit.

Eine Note Englands fordert von Washington eine „Berichtigung“.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat an Amerika eine Schuldennote gerichtet, die in erster Linie versucht, eine Behauptung des amerikanischen Schatzkanzlers, wonach England an Schuldenzahlung seiner Alliierten und an deutschen Reparationen mehr empfangt, als es an Amerika für seine amerikanische Schuld zu zahlen habe, zu widerlegen. Auf Grund ausführlicher Berechnungen stellt die Note u. a. fest, daß England aus den Erträgen seiner Steuern in den letzten beiden Jahren 50 Millionen Pfund Zuschuß habe leisten müssen, um unter Heranziehung der Reparations- und Schuldenzahlungen der europäischen Alliierten die englischen Schuldentaten an Amerika aufzubringen. England fordert deshalb nicht nur eine sachliche Berichtigung der „irreführenden Mitteilung“ des amerikanischen Schatzsekretärs, sondern auch eine Behandlung der Schuldenfrage im Geiste jener freundschaftlichen Verständigung zwischen den beiden großen englischsprechenden Nationen, von deren politischer Kooperation die wichtigste Frage des Friedens und des Fortschritts der Welt abhängt.

Einigung über die Seeabrüstungskonferenz.

Genf, 5. Mai. (W.B.) Die vom Präsidenten Coolidge einberufene Seeabrüstungskonferenz der drei Länder wird, wie jetzt offiziell und endgültig bestätigt wird, am 29. Juni in Genf beginnen.

Die deutsche Demarche in Paris.

Mitteilungen des „Matin“.

Paris, 5. Mai. (W.B.) Ueber den gestrigen Besuch des deutschen Gesandts, Botschaftsrat Dr. Rieth, bei Außenminister Briand berichtet „Matin“: Im Laufe dieser Unterredung hat Dr. Rieth, ohne für den Augenblick eine eventuelle Wiederaufnahme der Verhandlungen betreffend die Herabsetzung der Besatzungsberechtigungen im Rheinland und alsdann die Rücknahme des Rheinlands zu fordern, trotzdem nicht weniger auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Verbesserung der französisch-deutschen Beziehungen auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet weiter zu verfolgen. Dann hat Dr. Rieth Briand daran erinnert, daß die Reichsregierung einmütig der Ueberzeugung sei, daß nur eine Annäherungspolitik mit Frankreich die Aufrechterhaltung des Friedens sicherstellen könne. Die Demarche des deutschen Gesandts muß als der Beginn einer Verhandlung angesehen werden. Im kommenden Monat, wenn das für die Niederlegung von Festungen an der deutschen Ostgrenze festgesetzte Datum verstrichen sein wird, wird die Reichsregierung die Diskussion von Allgemeinheiten ausgeben und sich sicher auf einen konkreten Standpunkt stellen. Dann wird die Rheinland-Frage aufgeworfen werden.

Das neue Zentralkomitee der Sowjetunion wurde in der letzten Sitzung des Sowjetkongresses gewählt und zählt 27 Mitglieder. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kalinin wiedergewählt. Mit ihm teilen sich im Vorfeld der Zentralkomitee die Präsidenten der Teilsstaaten des Sowjetbundes Petrowski, Tschernomirski, Kusnetsov, Schodschajew und Witkowski. Sekretär der Zentralkomitee bleibt Jermolow. Volkskommissare bleiben Kollontaj (Vorsitz), Tschukherin (Außenw.), Borschtschikoff (Heer) usw.

Die Wasserversorgung Berlins.

Die wenigsten unserer Berliner Hausfrauen werden sich je darüber Kopfschmerzen gemacht haben, weil eines komplizierten und kostspieligen Apparates es bedarf, damit sie an jedem Morgen durch bloßes Drehen eines kleinen Hebelhahnes ihren Scheuereimer voll Wasser laufen lassen können. Die „Wasserleitung“ in der Küche ist uns eine Selbstverständlichkeit geworden wie das Wasserloset. Kaum jemand denkt einmal daran, daß 15 große Werke mit über 1500 Arbeitern und etwa halbsocial Angestellten Tag und Nacht im Gange sind, um das Wunder der selbständigen Wasserversorgung zu vollbringen. Die wenigsten haben auch eine Ahnung davon, welche Mengen an Wasser eine Riesenstadt wie Berlin verbraucht.

Täglich 367 000 Kubikmeter Wasser.

Allein die städtischen Werke, die genau drei Viertel unserer Biermüllionenstadt versorgen, haben im letzten Jahre rund 135 Millionen Kubikmeter Wasser verabsolgt. Da unsere Leser mit dieser Zahl wenig werden anfangen können, so sei sie etwas vergegenständlicht. Mit der Wassermenge, die Berlin in einem Jahre vertrinkt, verwehrt, verschuert, verpült, verpresst, könnte das Becken des Müggelsees auf über 20 Meter Tiefe ausgefüllt werden. Aber rechnen wir den Verbrauch auf den Tag um, so ergibt sich eine durchschnittliche tägliche Wassermenge von 367 000 Kubikmeter. Mit dieser Menge könnte man die ganze Friedrichstraße vom Oranienburger Tor zum Halleschen Tor bis über die zweiten Stockwerke der Häuser mit Wasser füllen. Der Refektorverbrauch des 15. Juli 1926 (522 000 Kubikmeter) würde ausreichen, um die Friedrichstraße sogar bis zu den Dächern unter Wasser zu legen. Angesichts solcher Zahlen begreift man, daß Berlin noch immer unter die reichlichsten Städte der Welt gerechnet werden kann. Denn es braucht wohl nicht betont zu werden, daß nur ein sehr kleiner Bruchteil dieser enormen Flüssigkeitsmengen seinen Weg durch den menschlichen Magen nimmt. Wie würden sie sonst erschrecken, wenn wir uns durch die Statistik darüber belehren lassen müßten, daß auf jeden vierköpfigen Haushalt in Berlin durchschnittlich 480 Liter Wasser pro Tag, also volle 50 Eimer entfallen! Keine Familie verbraucht natürlich im eigenen Haushalt auch nur annähernd diese Menge, aber jede Familie hat eben auch ihren Anteil an den Wassermengen, die zur Sauberhaltung der Straßen, zu ihrer Sprengung, zur Frischerhaltung der Parks und Gartenanlagen usw. verbraucht werden.

Der Vorteil der Kommunalisierung.

Macht man sich im allgemeinen schon keine rechte Vorstellung von der Menge des Reinwassers, das in einer Großstadt tagaus tagein zur Verfügung stehen muß, so noch weniger von den Kosten. Wir haben uns daran gewöhnt, daß der Wasserpreis in die Miete einfließt. (Hauswirte würden sagen, daß sie uns das Wasser „schenken.“) Wasser ist eine der wenigen Waren, die heute in Berlin billiger sind als vor dem Kriege. Das Kubikmeter Wasser kostet heute 15 Pf. gegenüber 16,7 Pf. in der Vorkriegszeit. Das heißt: Wir können immerhin sieben Eimer Wasser verbrauchen, ehe wir den Hauswitz mit 1 Pf. „belasten“. Aber viele Wenig machen eben ein Biel — wenn auch vielleicht noch nicht für den Hausbesitzer, so doch für die Stadt. Da jeder Berliner durchschnittlich 6,45 M. Wasser im Jahre verbraucht, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von rund 19 Millionen Mark. Es wäre gewiß ideal, wenn die Stadt die Abgabe von Wasser unentgeltlich leisten könnte, da ja die Entnahme von Frischwasser nahezu ausschließlich hygienischen Bedürfnissen entspringt. Aber so weit sind wir leider noch nicht. Einstweilen müssen die Wasserwerke bei der finanziellen Notlage der Stadt nicht nur ihre Selbstkosten decken, sondern darüber hinaus noch zu den allgemeinen Kosten des städtischen Haushalts beitragen (im letzten Jahre mit 4,7 Millionen, also mit einem vollen Viertel ihrer gesamten Betriebseinnahmen).

Der Umbau der Staatsoper.

Keine neuen Schwierigkeiten. — Eröffnung Dezember.

Man sieht eigentlich noch nicht recht, was daraus werden soll. Das ungeheure Eisengerippe des hinteren Teils trägt das Bühnenhaus wie eine Schachtel, die man auf Stützen gestellt hat. Die Füllungen der Wände fehlen noch und durch das Gerippe sieht man die goldverbrämten Brüstungen der vordersten Logen, und wenn der Wind die Vorhänge zur Seite schlägt, sieht man dahinter gähnende Leere. Sonst hat der Umbau in der letzten Zeit weitere erhebliche Fortschritte gemacht.

Vor einigen Tagen sind die endgültigen Eisenkonstruktionen für den Bau der beiden Seitenbühnen, die flügelartig das Hauptgebäude überragen, fertiggestellt, so daß man nunmehr schon den räumlichen Umfang des Neubaus erkennen kann. Infolge der Auffstellung der endgültigen Eisenkonstruktionen können jetzt die bisherigen Hilfskonstruktionen, auf denen das Bauwerk während der Unterföhrung der alten Fundamente provisorisch ruhte, beseitigt werden. An der Seite noch dem neuen Aulagebäude der Universität, wo übrigens die entstandenen Risse eifrig ausgebessert werden, ist die Hilfskonstruktion bereits abmontiert worden. Die Abmontage der Träger auf der anderen Seite wird im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Diese Arbeit ist besonders schwierig und erfordert große Vorlicht, weil man keine offene Baugrube hat, sondern durch den angelegten Schacht ein Gewirr der verschiedensten Leitungen für die Grundwasserhaltung, die Betonzuföhr, die Beleuchtung usw. geht, die leicht durch etwa herabfallende Eisenteile beschädigt werden können. Auch die Betonierungsarbeiten für die Sohle, die an manchen Stellen eine Stärke von etwa 10 Metern hat, sind in erheblichem Maße fortgeschritten. Zu einem beträchtlichen Teile sind ferner die neuen Umfassungsmauern vollendet, stellenweise schon bis zum zweiten Stockwerk, so daß der Gebäudeteil für die Künstlergarderoben usw. schon im Entstehen begriffen ist. Die Bauarbeiten hofft man bis zum 1. Dezember d. J. vollenden zu können.

Ein „netter“ Hauswirt.

Große Aufregung gab es gestern nachmittags in dem Hause Friedrichstraße 46 zu Lichtenberg. Der Eigentümer dieses Hauses, ein 33 Jahre alter Karl Blöbel, hatte mit seinen Mietern, wenn er angetrunken war, schon wiederholt „Krach“ gemacht. Gestern nachmittags erreichte so ein Aufruhr wohl den Gipfelpunkt. Blöbel kam wieder betrunken nach Hause, kopfte verschiedene Mieter aus ihren Wohnungen heraus, fing ohne Veranlassung Streit mit ihnen an und bedrohte sie mit Messer und Pistole. Dann zog er sich, während die Polizei des 255. Reviers von den Hausbewohnern, deren sich die größte Aufregung bemächtigte, gerufen wurde, in seine Wohnung zurück. Als das Ueberfallkommando erschien, schob der Betrunkene mehrmals mit einem Teleskop durch die Tür hindurch, ohne jemanden zu treffen. Er wurde endlich nach der Revierwache gebracht und der Kriminalpolizei vorgeföhrt. Zum Glück ging es bei dem ganzen Aufruhr ohne Verletzungen ab.

Wieder das Denkmal an der Christus-Kirche.

Das Gedenkmal an der Christus-Kirche in der Königgräber Straße ist wieder einmal von Subelhänden bedudelt worden. Da das Denkmal schon wiederholt beschmutzt worden ist, so hatte die Polizei einen besonderen Patrouillendienst eingerichtet. Trotzdem ist das Denkmal wieder mit Säure überossen worden. Von dem Täter fehlt jede Spur. Man nimmt an, daß es sich um einen Geisteskranken handelt.

Wir werden froh sein, wenn wir erst einmal in ganz Berlin die Wasserversorgung dem privaten Profit entzogen haben werden. Denn einstweilen wird leider noch ein Viertel der Stadt von den in privatwirtschaftlicher Hand befindlichen Charlottenburger Werken versorgt. Die ständalösen Zustände, die sich bei einer in erster Linie auf ihren Profit bedachten Wasserwerks-Gesellschaft herausstellen können, sind von dem Trockenommer des Jahres 1925 her noch in frischer Erinnerung. Dagegen die Charlottenburger Gesellschaft 35 Pf. (gegenüber 15 Pf. bei den städtischen Werken) pro Kubikmeter verlangt, ist sie so wenig auf den rechtzeitigen Ausbau ihres Betriebes bedacht gewesen, daß weite Teile ihres Bieferungsgebietes in jenem Sommer auf das Trockene gesetzt waren.

Solche Zustände sind auf die Dauer ebenso untragbar wie die Verschiedenartigkeit der Tarife. Leider stehen den privaten Werken langfristige Verträge zur Seite, deren Ablösung die Stadt Hunderte von Millionen kosten würde, während sie den Aktionären ebenso hohe unerbiente Gewinne in den Hals werfen würde. Reu-töbn hat z. B. seinen Vertrag mit der Charlottenburger Gesellschaft noch kurz vor Schaffung des einheitlichen Berlin bis zum Jahre

Der Kranz der Wasserwerke um Berlin.

Föhrungsmengen in Millionen Kubikmetern.

(Stand am 31. 12. 1926)



1999 (!) verlängert. Die Unzulänglichkeit der Bieferung im Hochommer 1925 hat wenigstens dazu geföhrt, daß dort, wo die Verträge abgelaufen waren, in Schöneberg und Steglitz, nunmehr die Stadt die Wasserversorgung übernimmt (ab 1. Oktober 1928). Dies wird eine Mehrföhrung von 70 000 Kubikmeter bedingen.

Die städtischen Werke werden eine solche Steigerung ohne weiteres leisten können. Denn wie weit schauend der kommunale Betrieb im Gegensatz zum privaten arbeitet, erfieht man am besten darauf, daß die bereits im Vorjahre in Angriff genommenen Bauten nach ihrer Fertigstellung eine tägliche Föhrung von 800 000 Kubikmeter Wasser, also die Verdoppelung des bisherigen Tagesdurchschnitts gestatten werden, und das trotzdem die Verwaltung bereits an weitere Ausbauten denkt, wofür ja eine 10-Millionen-Anleihe schon im diesjährigen Haushalt der Stadt vorgesehen ist.

Mit der Zeit werden die kleinen, wenig leistungsfähigen Werke aus der Zeit des zerplitterten Berlin verschwinden. Schon heute fördert ja das Müggelsee-Werk allein mehr als ein Drittel des gesamten Berliner Wassers und die drei nächstgroßen (Tege, Jungfernheide, Wuhlheide) zusammen fast die Hälfte. Die beigefögte Skizze gibt den Kranz der Brunnenwerke rund um die Stadt wieder. Nicht eingezeichnet ist das große Zwischenwerk Sichtenberg, das das Wasser vom Müggelsee und Wuhlheide aufnimmt und verteilt, und die Heberpumpstationen Tempelhofer Berg und Alazienallee, die das Wasser des normalen Rohrnetzes in die Häuser der „Bergbewohner“ Berlin (Kreuzberg und Westend) hinaufdrücken.

Grundbesitzer und Industrielle.

Die schädlichen Abgase.

Aus Nordböhmen wird uns berichtet: Zwei Großgrundbesitzer in der Gegend der Töpfler Kohlengruben fordern wegen Schädigung der Wald- und Landwirtschaft durch die Kohlenrubengase eine ganz erhebliche Schadigung von den Grundbesitzern. Die Besitzer wehren sich und geben es zum Prozeß kommen zu lassen. Die Forderungen stützen sich wohl auf einen Präzedenzfall aus dem Ostauer Kohlengebiet. Dort hatten 500 Landwirte einen Prozeß gegen eine chemische Fabrik wegen Schäden durch Rauchgas gewonnen oder hatten vor Gericht einen Vergleich erzwungen. — Würden solche Gerichtsverhandlungen stets mit der Beurteilung der Industriellen enden, so wäre das ein starker Antrieb zur Verbesserung der Feuerungsanlagen usw. Die Technik ist heute so weit, daß die meisten Abgase nicht mehr in die Atmosphäre geschickt zu werden brauchen. Leider fehlt in weiten Kreisen die Initiative zur Umgestaltung unvollkommener Anlagen. Auch die Bevölkerung der großen Städte hätte allen Grund, gegen die Rauchbelästigung energig vorzugehen. Jahraus jahrein werden durch die Abgasemengen, die die Luft verpesten, schwere gesundheitliche und materielle Schäden verursacht.

Telephon: Berlin-Königswusterhausen.

Von Freitag, dem 6. Mai, 7 Uhr morgens, an wird zwischen Groß-Berlin und Königswusterhausen der Fernsprechverkehr eingeföhrt. Von diesem Zeitpunkt an sind Gespräche von Groß-Berlin nach Königswusterhausen nicht mehr beim Berliner Fernamt anzumelden. Der an einer Vermittlungsstelle mit Handbetrieb angegeschlossene Groß-Berliner Teilnehmer ruft bei Gesprächen nach Königswusterhausen seine Vermittlungsstelle an und nennt dieser seine eigene Anschlußnummer sowie Amt und Anschlußnummer des gewünschten Teilnehmers. Die Beamtin des Handamts verbindet mit den Worten: „Ich verbinde weiter!“ mit dem Hilfsamt. Der Beamtin des Hilfsamts sagt der Teilnehmer: „Bitte Königswusterhausen!“, worauf die Beamtin mit Königswusterhausen verbindet. Nachdem sich Königswusterhausen gemeldet hat, nennt der Teilnehmer die gewünschte Anschlußnummer, worauf die Verbindung hergestellt wird.

Der Selbstanschlußteilnehmer — ausgenommen die Teilnehmer des Selbstanschlußamts in Berlin-Schmöwitz — wählt K 9 und verlangt von der sich meldenden Beamtin unter Angabe der eigenen und der gewünschten Anschlußbezeichnung die Verbindung mit Königswusterhausen. Der Schmöwitzer Teilnehmer wählt wie bei Verbindungen nach Erkner, Potsdam usw. das Hilfsamt. Die Gebühr für ein Gespräch nach Königswusterhausen von 3 Minuten Dauer beträgt während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends 40 Pf. Auf die Vorbemerkungen zum amtlichen Fernsprechbuch von Groß-Berlin auf Seite XII unter D wird hingewiesen.

Auf dem Zweirad vom Tode überfallen. Ein junger Mann namens Friß Drupp aus Rieburg im Saarkreis, der sich zu Besuch bei einer Familie in Schlachtensee aufhielt, wollte mit einem Freunde zu Rad einen größeren Ausflug machen. Als es in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Turmes im Grunewald bergab ging, sank er plötzlich von der Maschine und blieb tot liegen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gesetzt.

Der letzte Autosabend der Arbeiterwohlfahrt im 15. Kreis, Treptow, findet nicht heute, Donnerstag, sondern morgen, Freitag, den 6. Mai, statt. — Näheres Freitag-Morgenausgabe.

Das norwegische Ausnahmegesetz.

Der Gewerkschaftskampf soll unterbunden werden.

Oslo, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerlichen Parteien des norwegischen Parlaments haben gegen die Stimmen der Arbeiterparteien den Gesetzesentwurf eines „Schiedsgerichts“, der in Arbeitskonflikten rechtsverbindliche Sprüche fällen soll, beschlossen. Der Beschluß wurde gefaßt, obgleich die Osloer Arbeiterschaft in einer Massendemonstration vor dem Parlament gegen ihn protestiert hatte, obgleich eine Delegation der Gewerkschaften dem Präsidium des Parlaments erklärte, daß die Gewerkschaften einen solchen Beschluß für unheilvoll hielten und jede Verantwortung für seine Durchführung ablehnten. Der Beschluß wurde gefaßt von den gleichen Konservativen, die bisher sich gegen solche staatlichen Eingriffe in Arbeitskonflikten gemeldet hatten, zusammen mit der Bauernpartei, die für die Landwirtschaft solche Schiedsprüche verwirft, und den Liberalen, die noch viel weiter gehen wollten als das jetzige Gesetz. Die Liberalen kämpfen schon seit 1915 für die Einsetzung ständiger staatlicher Arbeitsgerichte, die die Befugnis haben sollen, allen Arbeitskonflikten durch Machtspruch vorzubeugen, die Konservativen kämpfen ebenso lange gegen diesen liberalen Programmplan, die bürgerliche Bernunftseite aber erzeugte nunmehr ein Kompromiß, wonach „probenweise“ bis August 1929 ein solches Schiedsgericht arbeiten soll.

Das Gesetz gibt der Regierung auf, ein Schiedsgericht von drei Personen zu ernennen, das rechtsverbindliche Sprüche in Arbeitskonflikten fällt. Allzu deutlich trägt die ganze Art, wie hier plötzlich ein längst in einer Kommission entschulmter Gesetzesentwurf hervorgeholt und für einen Bürgerblock schmachtend hergerichtet wurde, das Aussehen einer Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiter der Bergwerke, Eisenindustrie und Schiffsbau wie Textilfabriken, die nun schon in der ersten Woche ausgesperrt sind, weil sie den Wünschen auf Lohnherabsetzung der Unternehmer nicht nachkommen wollen.

Der letzte Beweis dafür, daß dieser Gesetzesentwurf als Ausgangspunkt für einen Kampf gegen die Arbeiterorganisation überhaupt gedacht ist, wurde gegeben in dem Bericht der Regierung, ihn mit einer Revision des 1915 erlassenen „Gesetzes über Arbeitsverhältnisse“ zu verquiden. Die Revision hat nämlich eine peinliche Ähnlichkeit mit der Antilagergesetzgebung der englischen Konservativen. Während das alte Gesetz nur Regeln für die Vermeidung von Arbeitskämpfen gibt, nur staatliche Vermittlung und Vergleichsorschläge an die in Konflikt befindlichen Partner kennt und Gerichtsverfahren nur für die juristische Auslegung dieser Regeln, machen die Revisionsvorschlüge die Gewerkschaften für jede „ungehörige Arbeitseinstellung“ und für die Nichtbefolgung staatlicher Schiedsprüche haftbar. Nicht nur schadenverpflichtung sollen sie werden, sondern Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeiter, die einem staatlichen Spruch nicht nachkommen, sind mit Geldstrafen bis zu 25 000 Kronen oder Gefängnis bis zu drei Monaten zu belegen. Eine flagranteste Verletzung allgemeiner europäischer juristischer Bräuche bringt ein anderer Änderungsantrag, der den Gewerkschaften auferlegt zu beweisen, daß ein Streik „gehörig“ ist, während bisher immer die Anklagebehörde die Richtigkeit zu beweisen hat.

Durch Obstruktion ist es den Arbeiterparteien gelungen, die Durchpeitschung dieser Vorlage zu verhindern. Damit ist sie aber nicht endgültig gescheitert und es wird der norwegischen Arbeiterschaft alle Mühe kosten, die feste Bürgerblockphalanx, die sich für diesen Kampf gegen das Streikrecht der Arbeiterschaft gebildet hat, zu sprengen. Ein hartnäckiges Ringen um die Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen hat so in Norwegen wie in England begonnen. Nimmt man hinzu, daß man auch in der dänischen Bauernregierung und in schwedischen national-liberalen Kreisen ähnliche Absichten hegt, so ergibt sich das Bild einer angriffs-lustigen sozialen Reaktion in ganz Nordeuropa. Für die norwegischen Gewerkschaften sollte diese Erscheinung Anlaß sein, ihren Wiedereintritt in die Einheitsfront der europäischen Arbeiter, in die Amsterdamer Internationale, den ihre besten Führer schon lange befürworten, so schnell als möglich zu vollziehen.

Der Konflikt bei der Aboag.

Verhandlungen mit der Direktion.

Am Mittwoch wurde die Funktionäre der Belegschaft der Aboag verhandelt, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Abstimmung, die bekanntlich mit nahezu Dreierstimmmehrheit für den Streik entschieden hatte. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, die Verhandlungskommission zu beauftragen, mit der Direktion nochmals in Verhandlungen zu treten, um den Versuch zu machen, durch eine friedliche Vereinbarung die Mängel des Schiedspruches zu beseitigen.

Es handelt sich dabei hauptsächlich um den Lohn der Schaffner, die nach dem letzten Schiedspruch erheblich ungünstiger wegkommen als die Schaffner der Straßenbahn, obwohl ihr Dienst mindestens ebenso schwer ist. Diese Forderung ist um so mehr berechtigt, als die Vereinfachung der Betriebsbetriebe den Schaffnern der Aboag einen empfindlichen Einnahmeverlust brachte.

Verbindlicher Schiedspruch.

Für die Gasbetriebsgesellschaft.

Die Gasbetriebsgesellschaft hatte bekanntlich den Schiedspruch für die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft abgelehnt, worauf von den Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung beantragt wurde. Diese ist heute vom Schlichter ausgesprochen worden. Damit ist auch in der Gasbetriebsgesellschaft die Lohnbewegung erfolgreich beendet.

Die Kämpfe in der Metallindustrie.

Ein erfolgreicher Abschluß bei Messer-Schwarztopf.

Bei der Firma Messer-Schwarztopf in Widdau waren, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 23. April 320 Mann der Belegschaft in den Streik getreten, weil ihnen die Betriebsleitung auf ihre Forderung nach einer Lohnherabsetzung um 15 Pf. trotz wochenlangender Verhandlungen nur 3 Proz. zugestanden hatte. Da die Streikenden fast reiflos organisiert sind, führten sie ihren Kampf so geschloffen, daß sich die Firma am Dienstag zu Verhandlungen bequamen. Dabei machte die Firma nunmehr Zugeständnisse, nach denen sich die Löhne aller Arbeiter und Arbeiterinnen um durchschnittlich 5 Pf. erhöhen sollen.

Zu diesem Angebot nahmen die Streikenden am Mittwoch vorläufig Stellung und beschlossen, da sich die Firma auch verpflichtet hatte, keine Nachregelungen vorzunehmen, die Arbeit am Donnerstag früh wieder aufzunehmen. Da die Arbeit heute auch geschlossen wieder aufgenommen wurde, ist der Konflikt damit endgültig beigelegt.

Wenn die Streikenden ihre berechnete Forderung nicht ganz durchsetzen, so ist doch die Bewegung mit einem wenn auch bescheidenen Erfolg beendet worden. Aber auch dieser bescheidene Erfolg konnte nur durchgesetzt werden, weil die Belegschaft der Firma Messer-Schwarztopf zu 98 Proz. organisiert ist. Diese Lohnbewegung war ein Anfang. Es rührt sich bereits in allen anderen Betrieben, wie wir schon über die Eisen- und Revolverdreher und auch andere Gruppen berichten konnten.

Aber auch im Hinblick auf die noch schwebenden Verhandlungen über den Rahmentarif, deren Ausgang noch sehr zweifelhaft ist, müßte diese Lohnbewegung den Berliner Metallarbeitern ein Ansporn sein. In allen ihren Betrieben müssen die organisatorischen Voraussetzungen für einen Kampf geschaffen werden. Die Berliner Metallarbeiter müssen sich darüber klar sein, daß ein Kampf um die Verbesserung der Arbeitszeitbestimmungen des Tarifvertrages viel schwerer sein wird als der in Widdau jetzt beendete und daß es gilt, alle Kräfte zu mobilisieren.

Sie Schwachen von Einheitsfront . . .

. . . und wollen den Bruderzwist.

In der Abend-Ausgabe des „Vorwärts“ vom 2. Mai ist im Bericht über den Verlauf der Raifeier von einem Plakat die Rede, das im Mai-Umzug der Fleischer mitgeführt wurde und durch seine Aufmachung eine gemeine Beschimpfung der SPD-Anhänger sowie eine Verhöhnung des „Vorwärts“ darstellte.

Der Vorstand des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands hat sich mit dem Vorfall beschäftigt und erklärt, daß nur um der wahren Einheit willen von der Entfernung des mit Recht gerügten Plakates Abstand genommen wurde. Das Plakat ist von der RPD-Fraktion angefertigt und scheinbar bestreuen im Zuge mitgeführt worden, um unseren impolitischen Demonstrationen in zwei Lager zu spalten. Nur der Besonnenheit alter Gewerkschaftskollegen ist es zu verdanken, daß diese absichtlich gewollte Beleidigung aller SPD-Kollegen nicht zu dem von der RPD-Fraktion gewünschten Zwiespalt führte. Der Vorstand verurteilt das Verhalten der RPD-Kollegen. Derartige Methoden beschmühen das Ansehen der Organisation und sind nicht geeignet, die so dringend notwendige Einheit innerhalb unserer Organisation und der gesamten Arbeiterschaft herzustellen.

Auf dem Wege nach Amsterdam.

Auch die estländischen Gewerkschaften.

Der Kongress der Gewerkschaften Estlands, der vor kurzem stattfand, auf dem 67 Delegierte 21 Organisationen mit 3165 Mitgliedern vertreten, ist auf dem Wege nach Amsterdam ein entscheidender Schritt nach vorwärts. Die Konferenz brachte die freigewerkschaftliche Richtung in eine entschiedene Wehrheit. Von den 67 Delegierten stellten sich nur 11 auf rein kommunistischem Standpunkt und 41 sprachen sich zugunsten des Anschlusses an Amsterdam aus. Daß der Anschluß entgegen gewissen Zeitungsmeldungen noch keine vollendete Tatsache ist, ist darauf zurückzuführen, daß die Frage in einzelnen Gewerkschaften noch nicht zur genüge erörtert worden ist und andere Gewerkschaften noch neutral sind. Um die nötige Klarheit zu schaffen, richtete die Konferenz an alle Gewerkschaften einen Aufruf zugunsten der Amsterdamer Plattform. Ferner ist der von der Konferenz gebildete Vorstand verpflichtet, die Frage des Anschlusses, die diesmal nicht auf der Tagesordnung stand, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu legen.

Der Kongress ist ohne Zweifel zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der estländischen Gewerkschaften geworden. Während die freigewerkschaftliche Richtung früher nur einen geringen Bruchteil der stark kommunistisch orientierten Gesamtbewegung ausmachte,

sind die freigewerkschaftlichen Elemente nun so zahlreich geworden, daß mit der Gründung einer starken Landeszentrale gerechnet werden kann. Sobald diese den Anschluß an den IGB vollzogen haben wird, wird auch die Bildung eines baltischen Gewerkschaftskomitees möglich, was für die Erhaltung und Förderung der Gewerkschaftsbewegung im Baltikum, die bereits durch die rührige Landeszentrale Lettlands und die kürzlich dem IGB beigetretenen Zentrale von Litauen erheblich gefördert wird, von größtem Vorteil sein kann. Wenn nun auch Norwegen durch den Beitritt zum IGB die definitive Bildung des skandinavischen Komitees und damit die Zusammenarbeit mit dem baltischen Komitee ermöglicht.

In dem vom Kongress gewählten Vorstand befehligt Genosse Sirro den Posten eines Vorsitzenden.

Streikbeendigung der Dresdener Kraftdroschkenfürher.

Dresden, 5. Mai. (Ill.) Der stellvertretende sächsische Schlichter hat den Schiedspruch, der im Streit der Kraftdroschkenfürher gefaßt war, als verbindlich erklärt. Die Kraftdroschkenfürher haben die Arbeit heute, Donnerstag früh, in vollem Umfange wieder aufgenommen, so daß der Streik beendet ist.

Die Abschiebungen aus Frankreich.

Paris, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die von der französischen Regierung gegen die Wirtschaftskrise unternommenen Maßnahmen haben ein starkes Nachlassen der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte bewirkt. Seit dem 1. Januar sind einer offiziellen Statistik zufolge nur 3183 ausländische Arbeiter in Frankreich eingewandert, hingegen haben 31 724 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen. (Weil sie mußten. D. Red.) Bei den eingewanderten Arbeitern handelt es sich ausschließlich um Landarbeiter.

Bewegung der Staatsbeamten in Lettland.

In Lettland droht, wie uns aus Riga berichtet wird, ein Streik der Staatsbeamten. Eine Abordnung des Verbandes lettlandischer Staatsbeamter sowie der Eisenbahner und der Angestellten von Post und Telegraph ist beim Finanzminister vorstellig geworden und hat die Forderung unterbreitet, das bisherige Mindestgehalt von 60 auf 100 Lat zu erhöhen. Für den Fall der Nichtbewilligung dieser Forderung wollen die Verbände der Beamten und Angestellten in den Streik treten.

„Die Bildhauerel“, Heft 2/1927. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köpenicker Park 2, 32 Seiten. Preis 3 Mark. Die mit zahlreichen Abbildungen von ausgeführten Arbeiten in Holz, Stein und anderem Material, aber auch von pflanzlichen Naturaufnahmen und Modellen gut ausgestatteten Hefte erscheinen in zwangloser Reihenfolge. Jedes Heft ist durch Beiträge in sich abgeschlossen. „Aus der Werkstatt für die Bildhauerel“ soll der arg daniederliegenden kunsthandwerklichen Bildhauerei ein frischer Impuls gegeben werden. Auch in den Kreisen verwandter Gewerbe und bei sonstigen Freunden des plastischen Schmus haben diese Bildhauerhefte Anerkennung gefunden.

Das vorliegende zweite Heft 1927 enthält als Neuvermerk im einleitenden textlichen Teil einen Aufsatz über die Oberflächenbehandlung der Holzmassen. Auch dadurch soll den im Beruf Tätigen hilfreich zur Hand gegangen werden.

Das Bestreben, einen daniederliegenden Beruf vor dem Untergang zu bewahren, sollte in den weitesten Volksteilen Anerkennung und Unterstützung finden.

Bestellungen werden durch den gesamten Buchhandel sowie direkt durch den Verlag erledigt.

Verantwortlich für Inhalt: Victor Schill; Wirtschaft: G. Klingelbein; Gewerkschaftsbewegung: Frick; Kultur: Kullstam; R. A. Scherer; Lesers und Lesenden: Frau Korbelt; Anzeigen: Th. Müller; Vertrieb: Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Preis: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Einbertstraße 2.

Um 2. h. W. verstarb nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Stehret

Gerhard Halles
im Alter von 80 Jahren.
Das Begräbnis mit der Beile um 11 Uhr Mittags im Rahmen der gläubigen Verwandten zu

Einmal Halles.
Die Beerdigung findet am 7. Mai, mittags 12 1/2 Uhr, im Krematorium Gerickestraße statt.

Nachruf.
Um Montag, dem 2. Mai, verstarb nach längerem Krankenlager im Alter von 80 Jahren unser Genosse, der Stehret

Gerhard Halles
Wir werden seine aufopfernde Tätigkeit für die Partei stets in Ehren halten.

Zapfenverband Berlin SPD.
129. Wk. Tegel.

Konkurrenzlos!!!

Neutüchlein	10.50 an
mit Frotteorandien	20.00
Schiff	10.00
Schiff-Chaiselänge	24.00
Chaiselänge-Polster	10.00
Wanduhren	2.00
Polstermatratzen	6.00

Freisendung! Ratenzahlung!

Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

Berliner Elektriker
Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sez. Hausbetriebe
Berlin N. 24, Elsäcker Str. 36-38
Fernsprecher: Norden 6325, 6416

Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9631

Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telephon: Königstadt 540

Herstellung elektr. Licht,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführ. sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Bettfedern
aus erster Hand, 3/4 grau
60 Pf., gelb 90 Pf., Kupf.
1 1/2, Goldbunne 2 1/2, 4
weil, Plauerweg 4, beste 3, Dams 7, weil
8-16, Schleißhaus 8.80-9. Oberreit la
bild, Juleit 8 Pf. 12, 18, Silber 8 Pf. 20
8.50 an 6 gegen Rohm. Müller-Druck, frei
teil. Briefe. Rücksendung gratis. 88km.
Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler,
Berlin C 13, Dombberger Str. 43.
gglenliche Dampfreinigung gratis

Maienfeste
am
Kaiserdamm!

Morgen
Freitag

3.
Volkstag

der Ausstellung

Das Wochenende

EINTRITTSPREIS:
Erwachsene M. 1.—
Jugendliche 30 Pf.

Von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr
abends geöffnet (Einlaß bis 9 Uhr)

Teilzahlung
1/6 Einzahlung
für jeden
Berliner
8 Monatsraten

sind unsere nicht zu über-
blisten Angebote in
Herren-, Damen- u. Kinder-
bekleidung.

Wir führen in 4 Etagen
Aparte Neuheiten
Elegante Anzüge
Sport-Anzüge
Herren-Blister
Sport-Paletots
Gummimäntel
Knaben-, Mädchen- und
Kinder-Bekleidung
Neue Frühjahrs-Damen-
mäntel, Kasse-Mäntel,
Damass-Mäntel
Frühjahrs-Kleider
in Woll- und Seide
Kostüme, Composé
Damen-Gummimäntel
Leib-, Bett- und
Tisch-Wäsche
Oberhemden
Mütze, Stöcke, Schirme
Krawatten
Möbel-Einrichtungen
Gardinen, Teppiche

Dammit
Rosenthaler-Str. 46/47
Ecke Neue Schönhauser-Str.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Entzesspreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Woblfahrtstr. 12, Hof par.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112